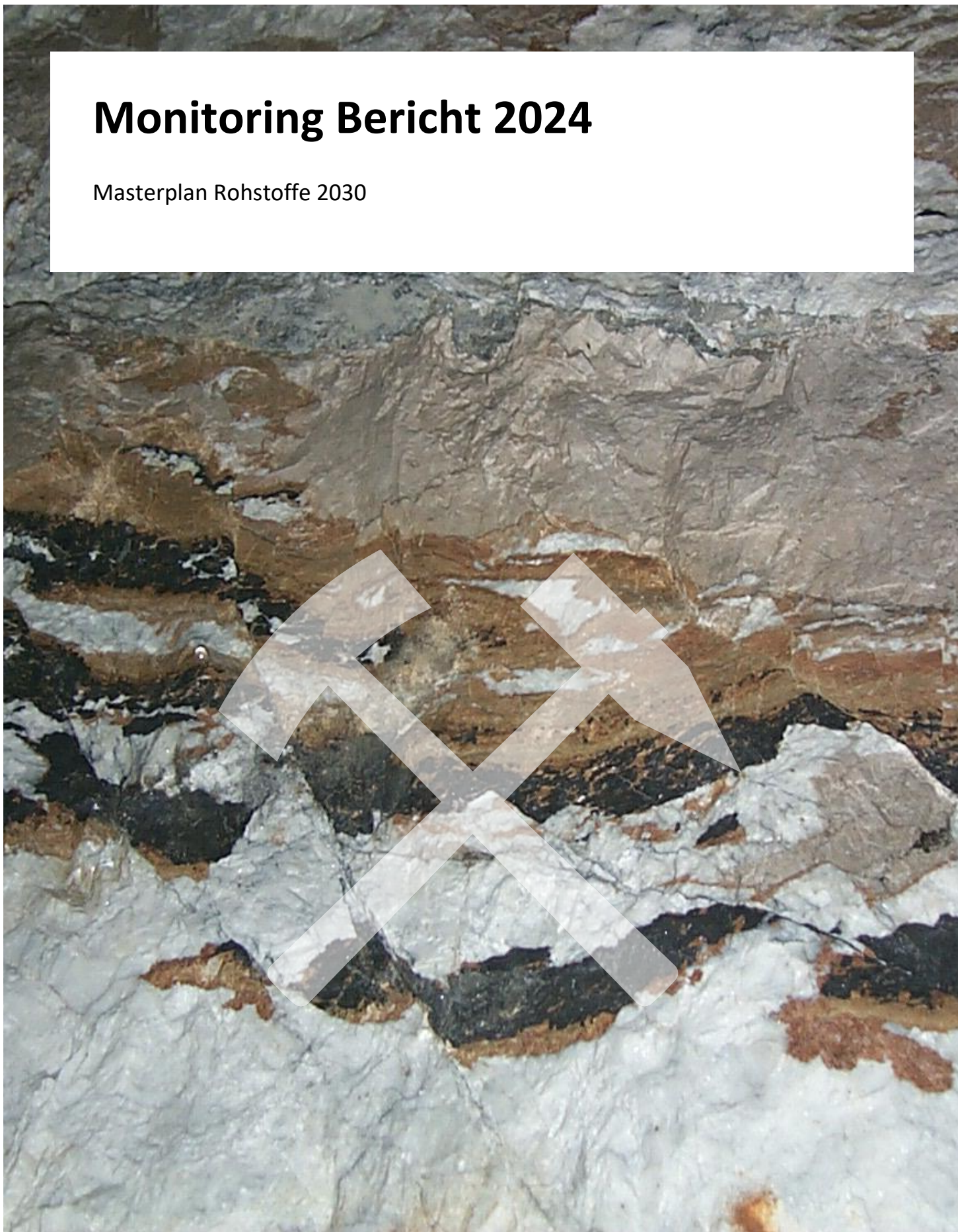


Monitoring Bericht 2024

Masterplan Rohstoffe 2030



Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Finanzen, Johannesgasse 5, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: Mitglieder des Monitoring Beirats 2024

Gesamtumsetzung: Sektion VI – Telekommunikation, Post und Bergbau

Bildnachweis: BMF/Dr. Robert Holnsteiner (S. 1), Montanuniversität Leoben (S. 16)

Wien, 2024. Stand: 6. Juni 2024

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Rückmeldungen: Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an Post.VI-bs@bmf.gv.at.

Inhalt

Zusammenfassung	4
Aktualität des Masterplans Rohstoffe 2030 und rohstoffpolitisches Setting	6
Auftrag	10
Dissemination seit der Veröffentlichung des Masterplans Rohstoffe 2030 am 15.12.2021	11
Website.....	11
Artikel	11
Medienberichte	12
Vorträge und Präsentationen.....	13
Parlamentarische Anfragen.....	14
Umsetzung der Maßnahmen und Leuchtturmprojekte	16
Leuchtturmprojekte am RIC Leoben	17
Vorschlag für Empfehlungen	19
Empfehlungen 2023	19
Empfehlungen 2024	19
Tabellenverzeichnis.....	32
Literaturverzeichnis	33

Zusammenfassung

Die geopolitische Lage und die damit im Zusammenhang stehende Rohstoffversorgungssituation hat sich seit Veröffentlichung des Masterplans Rohstoffe 2030 im Dezember 2021 weiter verschärft. Ein hohes Maß an Unsicherheit prägt die Rohstoffmärkte. Die Preise für international gehandelte Rohstoffe sind derzeit hoch volatil.

Inflation, nach wie vor hohe Energiepreise und eine Verknappung der Verfügbarkeit durch geopolitische und protektionistische Maßnahmen sowie Störungen von Lieferketten bringen zusätzliche Herausforderungen für Rohstoffproduzenten und –Verbraucher. Darüber hinaus führt eine nur zögerliche Investitionsbereitschaft in die Exploration, Entwicklung und Inbetriebnahme neuer Rohstoffquellen zu einer Verzögerung der Verfügbarkeit von mittelfristig erforderlichem zusätzlichem Rohstoffbedarf. Insbesondere in der Europäischen Union beeinträchtigt diese Gesamtsituation das Vertrauen in die Zielerreichung, Investitionssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, mit besonderer Betroffenheit der energieintensiven Industrie.

Die großen Transformationen wie Energiewende, Mobilitätstransformation, Dekarbonisierung der Industrie und Digitalisierung steigern die Nachfrage nach Rohstoffen drastisch und verändern Verbrauchsmuster. Hinzu kommt, dass die anstehenden Veränderungen in der europäischen Verteidigungspolitik zu einem verschärften Wettbewerb um die steigende Nachfrage nach Rohstoffen führen wird.

Offensichtlich wird dabei die geopolitische Bedeutung kritischer Rohstoffe für europäische Zukunftsprojekte. Ob eine für die Industrie und Vollzugsbehörden mitunter herausfordernde EU-Rechtssetzung Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten. Weichenstellungen wurden mit der Beschlussfassung zum EU-Rechtsakt für kritische Rohstoffe getroffen. Bis 2030 sollen zumindest 10 % des Bedarfes an strategischen Rohstoffen in der Europäischen Union bergbaulich gewonnen werden, mindestens 40 % in der EU weiterverarbeitet werden und zu mindestens 25% aus dem Recycling kommen. Zudem soll die EU von keinem Drittland zu mehr als 65% importabhängig sein.

Die Ausrichtung des Masterplans Rohstoffe 2030 mit den Säulen Versorgung aus heimischen Quellen, Versorgung aus internationalen Zulieferquellen, Smart Production,

Kreislaufwirtschaft, neue wertschöpfende Technologien und Produkte sowie den Querschnittsthemen Akzeptanz und Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Automatisierung, Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung sowie Dialog und Foresight Policy bietet Lösungsansätze für die aktuelle Rohstoffversorgungssituation. Ein Bedarf für eine generelle Neuausrichtung wird derzeit nicht gesehen. Dennoch werden vom Monitoring-Beirat Empfehlungen zur Umsetzung des Masterplans Rohstoffe 2030 formuliert, insbesondere hinsichtlich weniger Komplexität in den Rechtsnormen, mehr Innovation und Technologieoffenheit in den Lösungsansätzen sowie höhere Anreize für mehr Investitionsbereitschaft und Investitionssicherheit.

Aktualität des Masterplans Rohstoffe 2030 und rohstoffpolitisches Setting

Die geopolitische Lage hat sich seit Veröffentlichung des Masterplan Rohstoffe 2030 verschärft. Die Zahl der militärischen Konflikte hat das höchste Niveau seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht. Die vielfältigen Krisen der letzten Jahre, wachsende geoökonomische Herausforderungen, der Anstieg protektionistischer Maßnahmen und Störungen von Lieferketten haben in den vergangenen Jahren die Skepsis gegenüber der Globalisierung verstärkt. Die Eskalationen wirken sich weltweit aus, beeinflussen die internationalen Beziehungen, somit den Welthandel und die Rohstoffversorgungssituation insbesondere in industrialisierten und vermeintlich rohstoffärmeren Ländern. Mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, den damit verbundenen Sanktionen der Europäischen Union gegen die Russische Föderation und Weißrussland sowie Störungen entlang etablierter Handelsrouten in den europäischen Wirtschaftsraum sind Unternehmen dazu veranlasst ihre Rohstofflieferquellen zu diversifizieren, sowie längere Lieferzeiten und Frachtkosten in Kauf zu nehmen. Die Konjunkturprognosen sehen für Österreich ein moderates Wachstum knapp unter 1 % voraus. Auch wenn die Inflation mittlerweile rückläufig ist, drückt sie den Konsum. Nach wie vor besteht ein hohes Maß an Unsicherheit über die Entwicklung der Rohstoffpreise.

Die Energiepreise sind weiterhin auf einem deutlich höheren Niveau als vor dem Krieg in der Ukraine und belasten damit die Exportchance der österreichischen Industrie. Die Gesamtsituation beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort. Besonders betroffen ist die energieintensive Industrie, zu der auch Rohstoffgewinnungs- und -verarbeitungsunternehmen zählen.

Unwägbarkeiten bei Erdgaslieferungen über die Ukraineroute nach einem möglichen Auslaufen des Transitvertrages verdeutlichen die Notwendigkeit der weiteren Diversifizierung von Lieferquellen, Investitionen in die Gasinfrastruktur und der Erkundung sowie Nutzung von Kohlenwasserstoffen aus heimischen Lagerstätten.

Der strategischen Bedeutung einer Verbesserung der Versorgungssicherheit der Europäischen Union mit mineralischen Rohstoffen wurde auf Europäischer Ebene mit Veröffentlichung des Rechtsaktes für kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials Act) am 3.

Mai 2024 im Amtsblatt der Europäischen Union Rechnung getragen. Die Schwerpunkte des Pakets liegen in der Stärkung der europäischen Lieferketten, Diversifizierung der EU-Importe, Stärkung des Monitorings der Wertschöpfungsketten, sowie in der Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft für bestimmte kritische und strategische Rohstoffe sowie gegebenenfalls national festzulegende „essenzielle“ Rohstoffe. Etwa soll bis 2030 der strategische Rohstoffbedarf zu mindestens 10% in der EU abgebaut, zu mindestens 40% in der EU weiterverarbeitet und zu mindestens 25% aus dem europäischen Recycling kommen. Zudem soll die EU von keinem Drittland zu mehr als 65% importabhängig sein.

Auf die EU 27 entfallen etwa 14% des internationalen Warenverkehrs. Dem Ausbau der Kreislaufwirtschaft, im Sinne einer optimierten und effizienten Rohstoffbewirtschaftung, kommt angesichts der Marktmacht der EU eine besondere Bedeutung zu. Die Europäischen Union vereinbarte bereits strategische Rohstoffpartnerschaften mit Argentinien, Kanada, Chile, Demokratischen Republik Kongo, Grönland, Kasachstan, Namibia, Norwegen, Ruanda, Sambia, Ukraine und den Vereinigten Staaten von Amerika. Aktuell laufen Gespräche der Europäischen Kommission über eine engere Rohstoffkooperation mit Australien, Bolivien, Brasilien, Japan, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay sowie der Afrikanischen Union.

Die Verhandlungen im Trilog zum „Netto-Null-Industrie-Gesetz“ [Net Zero Industry Act: COM(2023) 161 final] führten am 6. Februar 2024 zu einer politischen Einigung. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz ist Teil des grünen Industrieplans und soll dafür sorgen, dass mehr saubere Technologien in der EU produziert werden. Konkret geht es um Technologien, die die Energiewende vorantreiben und nur geringe bis gar keine Treibhausgasemissionen verursachen. Das Gesetz vereinfacht die Bedingungen für die Produktion solcher Technologien – für eine starke Cleantech-Industrie in Europa und einen zügigen Ausbau der CO₂-Speicherkapazitäten.

Mit dem Gesetz werden Technologien gefördert, die wesentlich zur CO₂-Reduktion beitragen können, insbesondere strategische Cleantech-Technologien, die bereits marktreif sind und sich rasch umsetzen lassen.

Das Bundesministerium für Finanzen erarbeitet gemeinsam mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie eine österreichische Carbon Management Strategie (CMS). Die Strategie soll ein datenbasiertes und kosteneffektives Management verschiedener Technologien und Prozesse im Bereich CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung bzw. -Bindung und -Verwendung sowie aller relevanten Senken etablieren und so zu einer standortpolitisch verträglichen und

budgetschonenden Einhaltung der klimapolitischen Ziele der Republik Österreich beitragen.

Neue Herausforderungen für die Bergbaubranche bringt die im Rat am 12. April 2024 beschlossene Ausweitung des Anwendungsbereiches der EU-Industrieemissions-Richtlinie um die bergbauliche Gewinnung und Aufbereitung von bestimmten metallischen Erzen mit sich. Vorbehaltlich einer Überprüfung und eines Gesetzgebungsvorschlags durch die Kommission kann der Anwendungsbereich ab 2028 auch auf Industrieminerale ausgedehnt werden.

Mit 10. April 2024 wurde im Europäischen Parlament eine politische Einigung über eine Verordnung zur Nachverfolgung und Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor erzielt. Mit der Verordnung werden für die Sektoren Erdöl, Erdgas und Kohle neue Verpflichtungen eingeführt, Methanemissionen zu messen, zu melden und zu überprüfen. Außerdem müssen Maßnahmen zur Minderung dieser Emissionen getroffen werden, darunter Maßnahmen zur Erkennung und Reparatur von Methanlecks sowie zur Begrenzung des Ablassens und Abfackelns. Die Formulierungen enthalten noch viel Raum für Interpretation, welche die Investitionsentscheidungen der betroffenen Firmen schwierig gestalten. Auch der Vollzug der Bestimmungen der EU-Methanverordnung ist mit weiteren Herausforderungen für Unternehmen und zuständigen Behörden verbunden.

Ein großer Teil der in Österreich geförderten Kohlenwasserstoffe wird künftig für deren stoffliche Nutzung benötigt, beispielsweise zur Produktion von CO₂-neutralem Wasserstoff. Die Gewinnung und vor allem die stoffliche Nutzung von Kohlenwasserstoffen aus heimischen Lagerstätten soll durch ein investitionsfreundliches regulatorisches System unterstützt werden.

Die Hebelwirkung von Normen und Standards im Wettstreit um die globale Technologieführerschaft erkennend, wird das europäische Engagement auf internationaler Standardisierungsebene verstärkt, um Chinas wachsenden Einfluss entgegenzuwirken [EU-Normungsstrategie, COM(2022) 31 final]. Die Intention Chinas ist es, der globale Führer der internationalen Standardisierung zu werden. Und China ist bei neuen Standardisierungsvorschlägen bereits an vorderster Stelle mit dabei. China hat sich in wenigen Jahren bei der internationalen Standardisierungsorganisation ISO von 6 auf 75 Sekretariate hinaufgearbeitet. In Österreich gibt es derzeit nicht ausreichend verfügbare Expertinnen und Experten um die Gremien beschicken zu können. So müssen wir uns

vielfach mit einer Beobachterrolle zufriedengeben, ohne Einfluss auf die Gestaltung des Standes der Technik nehmen zu können.

Eine wesentliche Komponente zur Stärkung der Versorgungssicherheit mit Rohstoffen aus der bergbaulichen Gewinnung und Aufbereitung innerhalb der EU ist eine ausreichende Verfügbarkeit von Kapital. Nachdem die EU-Taxonomie-Verordnung eine Schlüsselrolle bei der Neuausrichtung der Kapitalströme hin zu nachhaltigen Investitionen spielt, ist es erforderlich auch Nachhaltigkeitskriterien für den Bergbausektor zu erarbeiten, um Taxonomiekonformität herzustellen. Österreich hat als Sprecher gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Finnland, Schweden und Tschechien einen Vorstoß auf EU-Ebene (ECOFIN) unternommen, damit Rohstoffprojekte von höheren Investitionen und besseren Finanzierungsmöglichkeiten profitieren und die delegierten Rechtsakte zur Taxonomieverordnung Bestimmungen für die Gewinnung, die Verarbeitung und die erste Verarbeitung enthalten. Diese sind entscheidend für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit mineralischen Rohstoffen, die zur Erreichung der Ziele des Green Deal aus europäischen Quellen beitragen, und gleichzeitig verantwortungsvolle und nachhaltige Gewinnungs- und Verarbeitungsbedingungen garantieren.

Bei den zahlreichen von der Europäischen Union im Rahmen des Green Deal bereits erlassenen sowie noch zu beschließenden Rechtsnormen wird es wesentlich sein, dass regulatorische Inkohärenz, Zielkonflikte, hohe Komplexität der Bestimmungen und überschießende Berichtspflichten die Rohstoffversorgungssicherheit nicht mehr behindern als fördern, insbesondere durch Komplexität in der Umsetzung und verpflichtende Offenlegung von in Summe wettbewerbsrelevanten Daten und Geschäftsgeheimnissen. Rechtssicherheit sorgt für Vertrauen in die Investitionssicherheit.

Auf nationaler Ebene bietet der Masterplan Rohstoffe 2030 als österreichische Rohstoffstrategie Lösungsansätze für die Herausforderungen der aktuellen Rohstoffversorgungssituation. Ein unmittelbarer Bedarf für eine generelle Neuausrichtung wird derzeit nicht gesehen.

Auftrag

Der Masterplan Rohstoffe 2030 des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) enthält Maßnahmen, die kontinuierlich evaluiert und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden müssen.

Hierfür wurde gemäß der entsprechenden Geschäftsordnung vom Februar 2022 (Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, 2022) ein Monitoring-Beirat eingerichtet. Die Mitglieder des Beirates (Tabelle 1) sind für die aktuelle Funktionsperiode von zwei Jahren durch die Sektion VI im BMF benannt worden. Die Sitzung fand am 14.03.2024 statt.

Tabelle 1: Mitglieder des Monitoring Beirates 2024 und 2025

Name	Organisation/Unternehmen
Armin Richter	unabhängig
Dieter Drexel	Industriellenvereinigung
Florian Hengl	Fachverband der Stein- und keramischen Industrie
Franz Friesenbichler	Fachverband Bergwerke und Stahl
Gerhard Hackl	The Austrian Society for Metallurgy and Materials
Markus Mitteregger	RAG Austria AG
Peter Moser	Montanuniversität Leoben
Susanne Strobl	OMV Aktiengesellschaft
Wolfgang Haider	Borealis Polyolefine GmbH

Dieser Beirat ist ein beratendes Gremium für das BMF und spricht Empfehlungen zum Entwurf des jährlichen Monitoring-Berichts aus. Der finale Monitoring-Bericht wird dem Herrn Bundesminister per Elektronischem Akt zur Kenntnisnahme übermittelt.

Der vorliegende Monitoring-Bericht ist der zweite seit Veröffentlichung des Masterplans Rohstoffe Ende 2021.

Dissemination seit der Veröffentlichung des Masterplans Rohstoffe 2030 am 15.12.2021

Website

Informationen zum Masterplan Rohstoffe 2030 sowie der Download des Masterplans und des Monitoringberichtes 2023 stehen auf der deutschen sowie englischen Website des Bundesministeriums für Finanzen unter den nachstehenden Links zur Verfügung:

<https://www.bmf.gv.at/themen/bergbau/mineralrohstoffpolitik/oesterreich/masterplan-rohstoffe-2030.html>

<https://www.bmf.gv.at/en/topics/mining/mineral-resources-policy/masterplan.html>

Artikel

Vor allem im ersten Quartal 2022 wurden vom BMF selbst Artikel in u.a. Magazinen geschaltet (Tabelle 2), um auf die Veröffentlichung des Masterplans Rohstoffe 2030 und dessen wesentliche Inhalte hinzuweisen.

Tabelle 2: Medien, in denen Publikationen zum Masterplan Rohstoffe 2030 seitens BMF geschaltet wurde

Medium/Magazin	Erscheinungsdatum
Industriemagazin	März 2022
IV-Positionen	März 2022
Berg- und Hüttenmännische Monatshefte	März 2022
Baublatt Österreich	März 2022

Triple m	Ausgabe 02/2022
Jahresbericht 2021/22 Forum Mineralische Rohstoffe	April 2022
Newsletter Forum Mineralische Rohstoffe	April 2022
Austria Innovativ	Mai 2022
Report (+) Plus	Mai 2022
The Journal of iC	Dezember 2023

Medienberichte

Der Masterplan Rohstoffe 2030 wurde in zahlreichen Medienberichten zitiert. Nachstehend seien ein paar davon exemplarisch genannt (Tabelle 3):

Tabelle 3: Medienartikel, in denen der Masterplan Rohstoffe 2030 erwähnt wurde

Medium	Titel	Erscheinungsdatum
www.orf.at	Köstinger will heimischen Bergbau ankurbeln	15.12.2021
Tiroler Tageszeitung	Köstinger will mit "Masterplan Rohstoffe" den Bergbau in Österreich ankurbeln	15.12.2021
Kurier	Köstinger will heimischen Bergbau mit "Masterplan" stärken	15.12.2021
OTS-Meldung (Global2000)	Masterplan Rohstoffe 2030 weist erhebliche Mängel auf: Verbrauchsreduktion statt Bergbauboom gefordert	15.12.2022
OTS-Meldung	SECONTRADE begrüßt den österreichischen Masterplan für Rohstoffe bis 2030 / Beschleunigung des Handels von Sekundärrohstoffen jeglicher Art bedeutet aktiven Klimaschutz	08.02.2022
Auto & Wirtschaft	European Lithium begrüßt „Masterplan Rohstoffe 2030“	08.02.2022
Steinpresse	Masterplan Rohstoffe 2030	Q1/2022
www.report.at	Weichenstellung für die Zukunft	05/2022
Der Standard	Rohstoffmangel: Wir müssen den Bergbau wiederentdecken (<i>Kommentar der anderen</i>)	02.06.2022

Industriemagazin	Rohstoffknappheit: Europa steht am Scheideweg	04.10.2022
Salzburger Nachrichten	Das Rohstoff-Monopoly: Abhängig vom Ausland	22.10.2022
Wirtschaftsnachrichten	Rohstoffversorgung in Österreich auf dem Prüfstand	11/2022
Zement+Beton	Verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs	01/2023
Jahresbericht 2022/23 Forum Mineralische Rohstoffe	Meinung Bundesminister Magnus Brunner: Mineralische Rohstoffe bilden das Rückgrat der Wirtschaft	03/2023
Industriemagazin	Rohstoffhunger als Achillesferse des Green Deals	12.12.2023

Vorträge und Präsentationen

Die Inhalte des Masterplans Rohstoffe 2030 wurden seit seiner Veröffentlichung Ende 2021 bei den folgenden Veranstaltungen von Vertreterinnen und Vertretern des BMF vorgestellt bzw. präsentiert (Tabelle 4):

Tabelle 4: Vorträge und Präsentationen betreffend den Masterplan Rohstoffe 2030

Veranstaltung	Ort, Datum	Vortragende/r
Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement	Wien, 16.02.2022	Andreas Weber, Robert Holsteiner
Sitzung der Bund-Bundesländer Kooperation Forschung	virtuell, 25.03.2022	Susanne Strobl
Bergbautag	Leoben, 20.04.2022	Elisabeth Köstinger, Andreas Reichhardt
Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Metalle Österreich	Linz, 26.04.2022	Robert Holsteiner, Susanne Strobl
Rohstoffsymposium des Forum Rohstoffe	Wien, 12.05.2022	Andreas Reichhardt
Rohstoffdialog 2022	Wien, 04.10.2022	Florian Tursky
D-A-CH Tagung der Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geowissenschaften und Rohstoffe	Flein (DE), 12.10.2022	Thomas Spörker, Robert Holsteiner
PDAC Convention 2023	Toronto (CA) 07.03.2023	AWC Toronto

Britische Botschaft	Wien, 04.05.2023	Robert Holnsteiner
Sustainable Resource Use, BOKU	Wien, 15.05.2023	Robert Holnsteiner
World Mining Congress 2023	Brisbane (AU), 27.06.2023	Robert Holnsteiner
Netzwerk Logistik Österreich	Wien, 04.10.2023	Robert Holnsteiner
D-A-CH Treffen der Budgetsektionsleiter	Wien, 30.11.2023	Maria Ulmer

Parlamentarische Anfragen

Nachfolgende parlamentarische Anfragen betreffend den Masterplan Rohstoffe 2030 wurden an die zuständige Ressortleitung gerichtet (Tabelle 5):

Tabelle 5: Parlamentarische Anfragen den Masterplan Rohstoffe 2030 betreffend

Datum	P-A Nr.	betreffend	Abgeordnete/r
22.12.2021	9118/J	Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im zweiten Halbjahr 2021	Philip Kucher
03.03.2022	10083/J	die Versorgung der heimischen Landwirtinnen und Landwirte mit Dünger und Rohstoffen für die Lebensmittelproduktion sicherstellen	Peter Schmiedlechner
31.03.2022	10460/J	Werbe- und PR-Ausgaben der Bundesregierung im 1. Quartal 2022	Philip Kucher
31.03.2022	10469/J	Spesen und Repräsentationsausgaben der Bundesregierung	Philip Kucher
19.04.2022	10714/J	Rohstoffabhängigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich	Gerald Loacker
27.04.2022	10796/J	Zusammenarbeit und Förderungen des BMLRT für NGOs bis 2022	Hermann Brückl
27.04.2022	10861/J	Fracking auch bald in Österreich?	Walter Rauch
18.05.2022	11034/J	nachhaltige IT-Geräte und Lücken bei Ausfuhrverbot von Elektroschrott in Nicht-OECD-Länder	Petra Bayr
21.07.2022	11928/J	externe Beratungs- und Consulting-Leistungen in Ihrem Ministerium	Mario Lindner

22.09.2022	12422/J	Fortschritte bei der Umsetzung der Rohstoffstrategie 2030	Michael Bernhard
03.10.2022	12471/J	Werbe- und PR- Ausgaben der Bundesregierung im 3. Quartal 2022	Philip Kucher
13.10.2022	12694/J	„Masterplan Rohstoffe 2030“	Erwin Angerer
14.12.2022	13372/J	Externe Verträge im Bundesministerium für Finanzen Q4 2022	Michael Schnedlitz
22.12.2022	13467/J	1 Jahr Krieg in der Ukraine: Umsetzung des Masterplans Rohstoffe	Karin Doppelbauer, Michael Bernhard
17.02.2023	14181/J	externe Beratungs- und Consulting-Leistungen der Bundesministerien 2022	Mario Lindner
23.02.2023	14220/J	Aufträge i.Z.m. Veranstaltungen 2021 und 2022	Jan Krainer
01.03.2023	14404/J	Werbeausgaben der Bundesregierung 2022	Christian Ries
26.07.2023	15842/J	Moratorium zum Rohstoffabbau in der Tiefsee	Michael Bernhard
19.10.2023	16698/J	Studien und Dienstleistungen	Christian Lausch
21.12.2023	17423/J	Rohstoffpartnerschaften	Karin Doppelbauer

Umsetzung der Maßnahmen und Leuchtturmprojekte

Die Umsetzung der nachfolgend angeführten Maßnahmen wird hervorgehoben:

- Zur Stärkung der Innovationskraft in Österreich wird die Initiative **„Zukunft Sicher – Innovationen für eine sichere und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung“** etabliert. Für die Abwicklung wird die Forschungsförderungsgesellschaft zuständig sein. Adressiert werden F & E-Themen aus dem Maßnahmenkatalog des Masterplans Rohstoffe 2030 im Anwendungsbereich des Mineralrohstoffgesetzes. Mit den ersten Projektvergaben ist im Herbst 2024 zu rechnen.
- Zur Stärkung der Versorgungssicherheit mit heimisch gewinnbaren mineralischen Rohstoffen wird eine **„Explorationsinitiative“** etabliert. Damit wird in enger Abstimmung mit den Erfordernissen der Unternehmen eine Verdichtung der Kenntnisse über die rohstoffgeologischen Potentiale in Österreich erzielt. Die Initiative ist im Vorfeld der unternehmerischen Exploration angesiedelt und ergänzt die Budgetmittel zum Vollzug des Lagerstättengesetzes. Mit der Abwicklung der Initiative, die alle mineralischen Rohstoffe gemäß MinroG einschließt, wird die GeoSphere Austria betraut.
- Forschung und Entwicklung sowie Bildungsthemen am **Resources Innovation Center Leoben (RIC)**, eingerichtet an der Montanuniversität Leoben, werden weitergeführt. Die Unterstützung des Bundesministeriums für Finanzen fokussiert insbesondere auf die Themenbereiche
 - Mehr Nachhaltigkeit in der Rohstoffversorgung; Verfahren und Technologien, die zumindest einen Aspekt der Nachhaltigkeits-Taxonomie in der Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung von Rohstoffen signifikant verbessert
 - Digitalisierung der Gewinnungs-, Aufbereitungs- und Verarbeitungsprozesse sowie Lieferketten für Rohstoffe – Digitale Innovation in Technologie und Administration
 - Innovative Rohstoffe für die Digitalisierung sowie Substitution kritischer Rohstoffe
 - Hochreiner elementarer Kohlenstoff als Trägermaterial u.a. für digitale Anwendungen
 - Forschung zur Methanpyrolyse.

- Als Vernetzungs- und Diskussionsplattform aller rohstoffrelevanten Branchen und Stakeholder wurde der **Österreichische Rohstoffdialog** eingerichtet. Die Auftaktveranstaltung mit Diskussionen zu den Themen Rohstoffsicherheit, Lieferketten, Energieversorgung, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit fand am 4. Oktober 2022 statt. Der nächste Rohstoffdialog ist für das 1. HJ 2024 geplant.
- Zur Erarbeitung von Optionen für die Optimierung von Stoffströmen wurde dem Bundesministerium für Finanzen seitens der Europäischen Kommission / DG REFORM im Rahmen des Instrumentes „Technische Unterstützung“ (TSI) das **Projekt „Erstellung einer Roadmap für die Etablierung einer nationalen Rohstoffbuchhaltung“** bewilligt. Das Projekt mit einer Laufzeit von 22 Monaten wurde im Jänner 2023 gestartet. Erstmals für Österreich wurde ein generisches Materialflussmodell exemplarisch für die Rohstoffe Kupfer, Neodym und Phosphor entwickelt, das auf EU-Ebene hochskaliert werden soll. Die Roadmap wird mit Ende 2024 vorliegen.

Leuchtturmprojekte am RIC Leoben

SCoRe A+ Wasserstoff und Kohlenstoff

Die Montanuniversität Leoben koordiniert und bündelt seit 2023 alle Forschungstätigkeiten zu Wasserstoff und Kohlenstoff im RIC Leoben. 120 Forscher an insgesamt 26 Lehrstühlen darunter 20 PhD-Kandidaten forschen an folgenden Themen:

- Kerntechnologie der Pyrolyse
- Transport, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff
- Veredelung und Anwendungen von Kohlenstoff
- Themen in der H₂-Produktion wie Katalysatorentwicklungen und Energiesysteme

Derzeit ist das H₂-C-Technikum (Siehe Abbildung 1) in Fertigstellung und soll 2024 in Betrieb gehen. Hier werden auf 500 m² mit einem Investitionsvolumen von 15 Mio. € neben der Pyrolyse von Methan mittels zweier unterschiedlicher Verfahren ein Heißgasfilter zur Abtrennung der Festkohle, ein Membransystem zur Produktgasreinigung, eine Brennkammer und eine Nachbehandlungsanlage für Festkohle im größeren Labormaßstab erforscht. Insbesondere die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen mehreren Forschungsgruppen soll einen wesentlichen Beitrag zur industriellen Anwendung neuer Wasserstoff- und Kohlenstofftechnologien leisten.



Abbildung 1: Forschungszentrum der SCoRe A+ Hydrogen and Carbon, Montanuniversität Leoben

Bildungsprojekte

Die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Fachkräften ist eine der Schlüsselherausforderungen für die Rohstoffbranche. Daher beteiligt sich das RIC Leoben an mehreren europäischen Bildungsprojekten mit Rohstoffbezug. Hervorzuheben ist 2023 das neue Projekt „PRO-SLO“ in dem Führungskräfte dahingehend ausgebildet werden, in der Umsetzung von Rohstoffprojekten konform zu den Grundsätzen für eine „Social Licence to Operate“ vorzugehen. Laufende Projekte wie etwa „DIM-ESEE“ (berufsbegleitende Weiterbildung) oder „RM@Schools“ (Experimente und Projekte für Schüler) leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Bewusstseinsbildung im Bereich Rohstoffe.

Vorschlag für Empfehlungen

Empfehlungen 2023

Die vom Monitoring-Beirat im Jahr 2023 getroffenen 9 Empfehlungen finden sich mit ihren Umsetzungsschritten in Tabelle 7. Allgemein ist anzumerken, dass es beabsichtigt ist, sämtliche F&E Maßnahmen welche die Sekundärrohstoffbewirtschaftung betreffen und die somit kreislaufwirtschaftsrelevant sind, in der FTI Initiative „Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien“ zu behandeln.

Empfehlungen 2024

Der Monitoring-Beirat trifft im Jahr 2024 folgende Empfehlungen:

Die heimischen Unternehmen der Grundstoffindustrie haben mit historischen Herausforderungen zu kämpfen. Es sind die Voraussetzungen für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik in Österreich zu schaffen. Das Hauptaugenmerk muss auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung der Standortbedingungen für die heimischen Unternehmen gerichtet sein.

- Bei den zahlreichen von der Europäischen Union im Rahmen des Green Deals noch zu beschließenden Rechtsnormen ist darauf abzielen, dass regulatorische Inkohärenzen, Zielkonflikte, hohe Komplexität der Bestimmungen und überschießende Berichtspflichten die Rohstoffversorgungssicherheit fördern und die Belange der österreichischen Wirtschaft ausreichend Berücksichtigung finden („Austria first“). Im Rahmen der nationalen Umsetzung des Critical Raw Materials Act sollte die lt. den Erwägungsgründen gegebene Möglichkeit genutzt werden, für die nationale Rohstoffversorgung „essenzielle Rohstoffe“ zu definieren, um auch für diese die Dauer der Genehmigungsverfahren – so wie für kritische und strategische Rohstoffe - national zu begrenzen.
- Im Zuge der nationalen Umsetzung des Critical Raw Materials Act stehen hier Verwaltung und Industrie gleichermaßen in der Verantwortung. Das Format des Österreichischen Rohstoffdialogs sollte hierzu auf unterschiedlichen Ebenen genutzt werden, um Bewusstsein und Akzeptanz zu generieren.

- Die begrenzte Verfügbarkeit von kritischen Rohstoffen in Europa, die in den kommenden Jahren zusätzlich noch durch den Rohstoffbedarf der Defence Industry herausgefordert werden wird, macht die Klimazielerrreichung insbesondere durch die Energiewende und E-Mobility zur Herkulesaufgabe. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, dass zur Zielerreichung im Bereich „Dekarbonisierung“ verstärkt auch Innovation und Technologieoffenheit zur „Dekarbonisierung“ von Rohstoffen und Fertigprodukten im Zusammenwirken mit Carbon Capture and Storage sowie Carbon Capture and Utilization ins Auge gefasst wird.
- Es soll ein Maßnahmenplan zur nationalen Umsetzung der gesetzlichen Bestimmung und Zielsetzungen des Critical Raw Materials Act ausgearbeitet werden.
- Eine aktive österreichische Präsenz in Gremien der International Standardisation Organisation (ISO) ist anzustreben.
- Es bedarf einer Evaluierung des Förderzinsregimes, um die mittel- bis langfristige Wirtschaftlichkeit der inländischen Gewinnung von Kohlenwasserstoffen insbesondere hinsichtlich ihrer nichtenergetischen Nutzung sicherzustellen und somit den größtmöglichen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit heimischen Erdöl und Erdgas zu gewährleisten (siehe Maßnahme 23/E.I.04).
- Unvermeidbare Kohlenstoffdioxid- und Methan-Emissionen, die bei der stofflichen Nutzung von heimisch geförderten Kohlenwasserstoffen anfallen, sollen im Rahmen der nationalen und EU-Regularien anerkannt und anrechenbar werden (z.B. im ETS-Regime oder im Rahmen der EU-Methanverordnung)
- Die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen sowie ein geeignetes Förderregime für Tiefengeothermieprojekte sind zu schaffen.
- Eine Regulierung für Untertage-Wasserstoffspeicher, die über Forschungsprojekte hinausgehen, ist zu schaffen.
- Die Aufnahme von geogenem Wasserstoff in das MinroG Regime ist zu evaluieren.
- Förderungen der öffentlichen Hand zur Transformation der Industrie müssen für alle Sektoren zugänglich sein.
- Zur Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit des chemischen Recyclings (siehe Maßnahme III.14) ist der Massebilanz-Ansatz „Fuel-Use-Exempt“ als Berechnungsmethode für Recyclingquoten auf EU-Ebene zu fordern.
- Die Umsetzung des „Bahnzwangs“ in Österreich für Abfalltransporte ist für das Metallrecycling in der Praxis nachteilig. Fehlende Schrottmengen müssen importiert werden. Durch die damit verbundenen Transporte wird mehr CO₂ emittiert als eingespart. Daher sind die diesbezüglichen Vorgaben im AWG zum verpflichtenden Transport von Abfällen auf der Schiene zu überdenken.

Der Stand der Umsetzung sämtlicher Maßnahmen des Masterplans Rohstoffe 2030 ist in nachstehender Tabelle dargelegt (Tabelle 6). Am Ende der Tabelle 7 finden sich 9 Maßnahmen, die vom Monitoring-Beirat 2023 zur Umsetzung empfohlen werden.

Die Reihung der Maßnahmen in Tabelle 6 entspricht dem Gesamtmaßnahmenpaket (Annex 2 des Masterplans Rohstoffe 2030). Jene Maßnahmen deren Nummer grau hinterlegt sind, entsprechen jenen aus dem Annex 1 des Masterplans Rohstoffe 2030. Die einzelnen Rohstoffgruppen sind folgendermaßen abgekürzt: Baurohstoffe...B, Energieträger und Kunststoffe...E, Industriemineralien...I, Metalle...M.

Tabelle 6: Stand der Maßnahmenumsetzung des Masterplans Rohstoffe 2030 im März 2024

Nr.	Metaziele	Rohstoffgruppen	Maßnahme	Umsetzungsschritte	in Planung
I.01	Optimierung der Wettbewerbsbedingungen und Senkung der Emissionen	B I M	Zur Verringerung von verkehrsbedingten Emissionen und straßengebundenen Transportleistungen ist die Erhöhung des höchst zulässigen Gesamtgewichtes für LKWs mit schweren Aufbauten, unter Beibehaltung der geltenden Achslasten, analog der bestehenden Ausnahmen für andere schwere Aufbauten (§ 4 Abs. 7b KFG), anzustreben.	Europäische Kommission prüft im Rahmen der europäischen Strategie für nachhaltige Mobilität die Möglichkeit, die bestehende europäische Richtlinie über Gewichte und Abmessungen von Transportfahrzeugen zu ändern. So sollen die nationalen Vorschriften in den EU-Ländern harmonisiert, der grenzüberschreitende Verkehr erleichtert und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen des Straßengüterverkehrs verringert werden (Anhebung auf 44 t; im kombinierten Verkehr bei 5 bzw. 6-Achsern bereits jetzt in Ö möglich; Holzbringung, Milchtransport). Branchenkonzept wurde vorgelegt.	Anpassung der EU-Richtlinien
I.02	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B E I M	Eine steuerliche Begünstigung der Exploration heimischer Lagerstätten, beispielsweise durch Anerkennung von Exploration als F&E Tätigkeit, ist zu prüfen.	auf EU-Ebene (DG GROW) eingebracht	OECD zwecks Anpassung Frascati-Handbuch ("Erschließung und Bewertung von Mineralvorkommen") kontaktieren
I.03	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B E I M	Das <i>Open Government Data</i> für rohstoffrelevante Geodaten der öffentlichen Hand ist unter Wahrung von Betriebsgeheimnissen zur Unterstützung der unternehmerischen Exploration und allfälliger Prospektionsoffensiven der öffentlichen Hand auszubauen.	Ein wichtiger Schritt wurde mit Verabschiedung des GeoSphere Austria-(GSA) Errichtungsgesetzes gesetzt (BGBl. I 60/2022). Die Datennutzung durch die GSA und die unentgeltliche Bereitstellung staatlicher Daten ohne Personenbezug, wie rohstoffgeologische Daten, wurde klar geregelt. BergIS-Modernisierung wurde eingeleitet.	Etablierung von Download-Services durch GSA
I.04	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B E I M	Der Einsatz primärer sowie sekundärer Rohstoffe als Baustoff, ist auf Basis transparenter und nachvollziehbarer wissenschaftlicher Fakten, in Form von Ökobilanzen und unter Berücksichtigung ihres gesamten Lebenszyklus zu bewerten.	Als Ansatzpunkt für die Transformation in der Bauwirtschaft und Infrastruktur sieht die Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung (BMK; 2022) vor, dass Gebäude kreislauforientiert unter Berücksichtigung aller Lebenszyklusphasen entwickelt werden. Momentan werden von Seiten des BMK Klimaaktivbewertungsskalen aufbauend auf der ÖkodesignVO ausgearbeitet. Dabei wird der Produkt-Environmental Footprint als Basis genommen. Dieser wurde als methodischer Ansatz von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die Lebenszyklusanalyse für Stahl soll binnen 2 Jahren entstehen, die für Zement steht noch aus.	Begleitung der Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie durch BMF. Umweltproduktdeklarationen (EPD) auf Basis von Lebenszyklusanalysen auf Gebäudeebene weitestgehend vergleichbar (Regeln der Bau EPD GmbH als anerkannte Plattform im D-A-CH Raum; Akkreditierung wurde eingereicht).
I.05	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B I M	Wertstoffhaltige Materialien sind einer möglichst hochwertigen Verwertung zuzuführen. Dies bedeutet beispielsweise, dass eine höherwertige Nutzung einer Verwertung in Form von Massenausgleich, vorzuziehen ist.	Verweis auf AWG Abfallhierarchie; 70 M-% Quote für die Vorbereitung zur Wiederverwendung von Bau- und Abbruchabfällen im AWG, Vorgaben Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2023; Etablierung einer Arbeitsgruppe Tunnelausbruch bestehend	Erweiterung der Recyclingbaustoffe auf jene aus Bodenaushubmaterialien in Vorbereitung, Roundtable Sekundärrohstoffe im Rahmen des Circularity Lab; weitere Gespräche im Rahmen

				Die rechtlichen Rahmenbedingungen in den relevanten Materiengesetzen sind zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen (z.B. Tunnelausbruch) zu optimieren. Eine vertiefte Diskussion über konkrete Verwertungsmöglichkeiten einzelner Sekundärrohstoffe einschließlich allfälliger Verwertungsquoten ist zu starten.	aus VertreterInnen aus Bauwirtschaft, Ingenieurbüros, ÖBB, ASFINAG, BMK, BMF, Länder Kick Off und Folgesitzung 2022; Start entsprechender Fachdiskussionen im Circularity Lab	der AG Tunnelausbruch vorgesehen; rechtliche Anpassung bei Anlagengenehmigung, sodass Abfälle/Bodenaushub in MinroG-Anlagen ohne abfallanlagenrechtliche Genehmigung aufbereitet werden können. BMK erarbeitet Abfallende-VO für Bodenaushub; Themenbereich Geschiebe zur Zeit noch offen.		
I.06	Fit für die digitale Zukunft Effizienzsteigerung von Verwaltungsabläufen	B	E	I	M	Es ist zu prüfen, welche Verwaltungsverfahren durch e-Government-Lösungen unterstützt werden können.	Die Prüfung findet statt. Ein Update der Digitalisierungsstrategie des Verwaltungsbereichs Bergbau ist in Arbeit; BergIS wird für e-Government-Lösungen angepasst	Finalisierung der Prüfung; Fertigstellung des Updates der Digitalisierungsstrategie.
I.07	Stärkung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes	B	E	I	M	Zwischen Bund und Ländern sind Möglichkeiten einer Konzentration zur zügigen Abwicklung von Verwaltungsverfahren zu evaluieren.	bisher keine	Die maximale Dauer von Genehmigungsverfahren für strategische Rohstoffe wird durch den Rechtsakt für kritische Rohstoffe neu geregelt. Daraus gewonnene Erfahrungen sollen hinkünftig genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollten die lt. Erwägungsgründen des Critical Raw Materials Act gegebenen Möglichkeit genutzt werden, die Dauer der Genehmigungsverfahren national auch bei weiteren Rohstoffen zu begrenzen.
I.08	Stärkung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes	B	E	I	M	Zur Stärkung und Sicherung des österreichischen Wirtschaftsstandortes sind Prüfpflichten des Bundes - zur Wahrung staatlicher Interessen bei der Veräußerung von Unternehmensanteilen und Unternehmenswerten in strategisch wichtigen Bereichen - zu evaluieren.	Prüfungen gem. Außenwirtschaftsgesetz und Investitionskontrollgesetz werden durchgeführt	Prüfung der Senkung von Schwellenwerten bei strategisch wichtigen Roh- und Grundstoffen, bei denen die Prüfpflicht ausgelöst wird.
I.09	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Eine umfassende Rohstoffbilanz ist als Entscheidungsgrundlage für die Verbesserung der Versorgungssicherheit und Erhöhung der Resilienz der österreichischen rohstoffproduzierenden und –verarbeitenden Unternehmen zu etablieren.	BMF wurde als Begünstigter des TSI Projektes der EK/DG REFORM "Roadmap for a future Comprehensive Raw Material Balance" ausgelobt. Projektdauer 01/2023-10/2024. Ein generisches Materialflussmodell wurde erstellt und exemplarisch für Phosphor, Neodym und Kupfer erprobt.	Nach Fertigstellung der Roadmap im Oktober 2024 soll Entwicklung eines Aktionsplans „Rohstoffbilanz“ folgen.
I.10	Steigerung der Energieversorgungssicherheit und Beitrag zur Dekarbonisierung		E			Geologische Strukturen sind zur Dämpfung der Volatilität erneuerbarer Energieträger als Speicher für gasförmige Energieträger und für Carbon Capture and Storage/Utilization (CCS&U) Technologien zu nutzen. Hierfür sind die Rahmenbedingungen zu evaluieren.	Evaluierungsarbeiten dazu laufen; der Evaluierungsbericht 2023 gem. dem Bundesgesetz über ein Verbot der geologischen Speicherung von Kohlenstoffdioxid wurde auf technischer Ebene fertiggestellt.	Die Arbeiten werden im Rahmen der Erstellung der Carbon Management Strategie weitergeführt. Hinweis: Im vorgelegten NetZero-Industry Act ist die Speicherung von CO ₂ vorgesehen. Transport und Speicherung in Österreich sollte genauso möglich sein wie Transport und Speicherung im EU-Ausland.
I.11	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B				Im Bereich des Hochwasserschutzes, der Wildbachverbauung sowie der Räumung von Stauräumen (Wasserkraftwerken) fallen jedes Jahr Sedimente im Umfang von mehreren Mio. m ³ an, die großteils wertvolle mineralische Rohstoffe (Schotter, Kies, Sand) darstellen. Die Materialien, die zurzeit als Bodenaushub im Sinne des Abfallrechts behandelt werden müssen, sind einer geordneten und regionalen Verwertung zuzuführen. Dadurch sollen Deponiekosten und klimaschädliche Transporte vermieden werden.	ÖWAV-Regelblatt Nr. 305 "Verwendung und Verwertung von Sedimenten" wurde veröffentlicht.	Vorgaben des ÖWAV-Regelblatt Nr. 305 "Verwendung und Verwertung von Sedimenten" in AWG einarbeiten (Kompetenz BMK). Bei der geplanten Änderung der AbfallendeVO ist der Teilbereich Geschiebe zur Zeit noch nicht umfasst.
I.12	Beitrag zur Dekarbonisierung		E			Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe für die Kunststoffproduktion ist als Alternative zu fossilen Rohstoffen (z.B. durch F&E Initiativen) weiter zu forcieren.	Entwicklung von Szenarien für die biobasierte Industrie in Österreich (Bericht BMK, 2022); FTI-Initiative Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien; Ausschreibungen im Rahmenprogramm Horizon Europe (z.B. Circular Bio-based Europe)	Im Rahmen der Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie sind Maßnahmen hierfür geplant. In der sich momentan in Planung befindlichen Ausschreibung sind „biobasierte Industrien“ sowie Kunststoffzylinder beinhalten.

I.13	Optimierung der Wettbewerbsbedingungen und Senkung der Emissionen	B	I	M	Rohstofflagerstätten sind besser an das Verkehrsnetz anzuschließen, um Emissionen und Verkehrsbelastungen zu verringern	bisher keine	offen	
I.14	Sicherung der Versorgung mit primären mineralischen Rohstoffen	B	I	M	Durch raumordnerische Instrumente ist der langfristige Zugang zu Lagerstätten mineralischer Rohstoffe zu sichern. Hierfür können die Ergebnisse des Österreichischen Rohstoffplans als Planungsgrundlage herangezogen werden. Mögliche Umsetzungsschritte sind in einem Dialog mit den Bundesländern zu betrachten.	Alle dem Ressort im Wege des Konsultationsmechanismus vorgelegten flächenwidmungsrelevanten Änderungen des Rechtsbestandes werden vom Bereich Bergbau bezüglich der Zweckmäßigkeit der Erhaltung des langfristigen Zugangs zu Lagerstätten mineralischer Rohstoffe geprüft (Vergleich mit den Rohstoffsicherungsflächen gemäß Rohstoffplan).	Mit Gemeinde- und Städtebund die Bereitschaft der Kommunen zur proaktiven Rohstoffsicherung besprechen.	
I.15	Sicherung der Versorgung mit primären mineralischen Rohstoffen	B	E	I	M	Rohstoffe und daraus gefertigte Produkte sind eine unverzichtbare Basis für unsere nachhaltige Zukunft. Das Bewusstsein hierfür ist zu stärken. Rohstoffbewirtschaftung muss als nachhaltige Aktivität erfolgen und als solche anerkannt werden. Dies soll bei der Finanzierung bergbaulicher Aktivitäten durch die Kapitalmärkte berücksichtigt werden. Hierfür sind die Bestimmungen zu <i>Sustainable Finance</i> zu optimieren.	Aufnahme des Bergbaus in Taxonomie VO im ECOFIN durch Österreich angeregt (gemeinsamer Brief AT, FR, DE, CZ, FI, SE); Verstärkte mediale Bearbeitung des Themas.	Darlegung von Nachhaltigkeitskriterien für Bergbautätigkeiten als Input für die unabhängige Expertenplattform zur Taxonomie VO. Branche soll Maßnahmen zur Stärkung des Rohstoffbewusstseins entwickeln. Hierbei ist darauf zu achten, dass regulatorische Inkohärenz, Zielkonflikte, hohe Komplexität der Bestimmungen und überschießende Berichtspflichten die Rohstoffversorgungssicherheit nicht mehr behindern als fördern.
I.16	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Es ist eine Bewusstseinskampagne zu Nachhaltigem Konsum und Produktion zu starten.	Initiative des FCIO; voestalpine Medienkampagne	Im Zuge der nationalen Umsetzung des Critical Raw Materials Act stehen hier Verwaltung und Industrie gleichermaßen in der Verantwortung. Das Format des Österreichischen Rohstoffdialogs sollte hierzu auf unterschiedlichen Ebenen genutzt werden, um Bewusstsein und Akzeptanz zu generieren. Die Rohstoffversorgung dient der Bedarfsvorsorge, ist im öffentlichen Interesse und im Interesse der öffentlichen Hand.
I.17	Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen in der heimischen Rohstoffgewinnung und nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B				Eine Harmonisierung der unterschiedlichen länderspezifischen Regelungen betreffend die Landschafts-(schutz-) und Naturschutzabgaben bei der Rohstoffgewinnung ist anzustreben. Mögliche Umsetzungsschritte sind in einem Dialog mit den betroffenen Sektoren in der Branche und den Bundesländern zu betrachten.	bisher keine	Konzept mit Branche entwickeln.
I.18	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Für die schonende und nachhaltige Rohstoffgewinnung und -nutzung ist die Vergabe eines Staatspreises zu etablieren.	Infolge der Bedeutung des Themas ist die Evaluierung der Möglichkeiten der Vergabe eines derartigen Staatspreises wieder aufzunehmen.	offen
I.19	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die nachhaltige Rohstoffproduktion zu stärken, ist der Dialog mit NGOs weiterhin intensiv zu pflegen.	Bisherige Einbindung in Österr. Rohstoffdialog. Im Zuge der Umsetzung der KonfliktmineralVO wurden mehrere Gespräche mit NGOs geführt.	Weitere Einbindung in künftige Österr. Rohstoffdialoge und Teilnahme von BMF-Vertretern an Podiumsdiskussionen zum Thema Rohstoffe
I.20	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B	E	I	M	Konzepte für die Bergbaufolgelandschaften sind in der Planungsphase von Abbauaktivitäten zu berücksichtigen. Die Förderung der Biodiversität laut <i>EU Green Deal</i> soll als Ziel in diese Aktivitäten miteinfließen.	MinroG sieht Darlegung der beabsichtigten Nachnutzung des Bergbauareals nach Beendigung der Bergbautätigkeiten im Genehmigungsverfahren vor	Provisorische Einigung zur <i>EU Nature Restoration Law</i> im Trilog im Nov. 2023
I.21	Steigerung der Ressourceneffizienz	B				Die Etablierung innovativer Geschäftsmodelle mit Nachhaltigkeitscharakter gilt es zu fördern, wobei der regionale Beschaffung und die effiziente Nutzung von Ressourcen eine hohe Priorität beizumessen ist.	Mit den Arbeiten zum Reallabor RahmenG wird die Etablierung innovativer Geschäftsmodelle vereinfacht. Geplant ist, dass spezielle Reallaborvorschriften – das sind die verfassungsrechtlich erforderlichen Grundlagen für Ausnahmen vom geltenden Rechtsrahmen –ergänzend zu einem Reallabor-	Verabschiedung des Reallabor RahmenG; Innovationsthemen mit BMK weiterentwickeln

					Rahmengesetz materienspezifische Rechtsgestaltungen ermöglichen und von den Fachressorts in den Materiengesetzen innerhalb der jeweiligen Zuständigkeiten gem. BMG erarbeitet werden. So behält jedes Fachressort seine Autonomie, wie es Reallaborvorschriften gestalten möchte.			
I.22	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B	E	I	M	Es sind standardisierte und transparente Nachhaltigkeitsbewertungs- und Informationssysteme für Materialien der heimischen Rohstoffrouten zu entwickeln. Diese sollen leicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein, um dem Thema im Alltag mehr Gewicht zukommen zu lassen (<i>Material Passport, Material footprint, Carbon footprint, Labeling, Info Apps</i>). Beim digitalen Gebäudepass ist der Durchrechnungszeitraum auf die Lebensdauer abzustellen.	Einigung im Trilog im Dez. 2023 über Novelle der Ökodesign-VO; Digitaler Produktpass in Ökodesign-Verordnung sowie als Teil mehrerer Verordnungen auf EU-Ebene (Sustainable Product Initiative) zur Erfassung und gemeinsamen Nutzung von Daten über Produkte und ihre Lieferketten vorgesehen. Die ersten Umsetzungen des Digitalen Produktpasses sind für die Bereiche Batterien (ab 2027), Textilien, Elektronik, Kunststoffe, sowie den Bausektor geplant. Umweltfußabdruck und Zertifizierungsschema im CRMA vorgesehen. SCIP-Datenbank der ECHA plus nationales Vollzugsprogramm (BMK)	Entwicklung Digitaler Produkt-Pass im Rahmen der Ökodesign-Verordnung, Batteriepass im Rahmen der Batterie-Verordnung (EU-VO 2023/1542) ab 2027 Pflicht. Dies soll im Gleichklang mit den EU Initiativen Supply Chain Due Dilligence Directive), der Taxonomie-VO sowie des CRMA erfolgen. Hinsichtlich Objektivierung des digitalen Gebäudepasses BMK kontaktieren. Hierbei ist darauf zu achten, dass regulatorische Inkohärenz, Zielkonflikte, hohe Komplexität der Bestimmungen und überschießende Berichtspflichten (Offenlegung von wettbewerbsrelevanten Daten und Geschäftsgeheimnissen) die Rohstoffversorgungssicherheit nicht mehr behindern als fördern. Unverzichtbar für all diese VO und Pflichten erscheint eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Inflation für den Konsumenten auf der einen Seite sowie dem Wettbewerbsnachteil, dem potenziellen BIP- und Arbeitsplatzverlust auf der anderen Seite; z.B. durch das ASCII.
II.01	Steigerung der Versorgungssicherheit Entwicklungshilfe durch Technologie- und Know-How-Transfer		E	I	M	Rohstoffpartnerschaften sind zu forcieren. Unter Beachtung der außenpolitischen Dimension sollen strategisch wichtige Zielmärkte in einem bottom-up-Prozess gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen identifiziert werden.	Bilaterale Diskussionen über Technologiekooperationen mit Mongolei, Kasachstan, Usbekistan, Saudi-Arabien, Queensland; Strategische Rohstoffpartnerschaften der Europäischen Union mit folgenden Staaten sind etabliert: Argentinien, Kanada, Chile, Demokratische Republik Kongo, Grönland, Ukraine, Kasachstan, Namibia, Sambia, USA; Nutzung der Gemischten Wirtschaftskommissionen um Rohstoffthemen zu adressieren	Strategische Rohstoffpartnerschaften der Europäischen Union mit folgenden Staaten sind in Ausarbeitung und Evaluierung: Norwegen, Brasilien, Bolivien, Australien, Rwanda, Südafrika, Kolumbien, Japan, Mexiko, Peru, Uruguay, Afrikanische Union; Abschluss von bilateralen Technologiekooperationen zwischen Ö und Drittländern
II.02	Proaktives Mitgestalten der EU-Rohstoffhandelspolitik.		E	I	M	Die EU-Rohstoffhandelspolitik ist von Österreich proaktiv mitzugestalten. Rohstoffpolitische Interessen sind in bilaterale Beziehungen mit Drittländern außerhalb des EU-Binnenmarktes verstärkt einzubringen.	laufende enge Abstimmung mit BMAW und EK	laufende enge Abstimmung mit BMAW und EK; Re-Evaluierung von geplanten Freihandelsabkommen hinsichtlich mineralischer Rohstoffe.
II.03	Steigerung der Versorgungssicherheit Entwicklungshilfe durch Technologie- und Know-How-Transfer		E	I	M	Als österreichischer Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ist eine Mitgestaltung nachhaltiger Produktionssysteme in Entwicklungsländern, ist anzustreben.	bisher keine	Gespräche mit ADA initiieren
II.04	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Resilienz	B	E	I	M	Frühwarnsysteme und Handlungsanleitungen sollen für eine kurzfristige Überbrückung von möglichen Rohstoffengpässen aufgrund unvorhergesehener Ereignisse (z.B. Pandemie) sorgen. Eine Strategie unter Berücksichtigung von z.B. alternativen Lieferanten, Alternativen im Distributionsnetz und eine zweckmäßige Vorratshaltung soll zur langfristigen Versorgungssicherheit beitragen.	Austrian Supply Chain Intelligence Institute (ASCII) etabliert	Im CRMA vorgesehene Monitoringinstrumente evaluieren. Beauftragung des ASCII mit einer Studie zur Resilienz von Lieferketten im Kontext ausgewählter Rohstoffe.
II.05	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Resilienz	B	E	I	M	Unter Berücksichtigung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sollen Stress-Tests für Zulieferketten etabliert werden.	Austrian Supply Chain Intelligence Institute (ASCII) etabliert; private Anbieter sind am Markt etabliert	Aufgabe der Unternehmen

II.06	Steigerung der Versorgungssicherheit Entwicklungshilfe durch Technologie- und Know-How-Transfer	B	E	I	M	Österreichische Unternehmen sollen angeregt werden, im Wege von Technologie- und Know-How-Transfer zur Verbesserung der Bergbausicherheit sowie einer umweltfreundlichen Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen in Partnerländern beizutragen.	Technologiethemen sind integraler Bestandteil in Gesprächen zu Technologiepartnerschaften	Abschluss von Technologiepartnerschaften
II.07	Stärkung der Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Lieferketten	B	E	I	M	Im Sinne der unternehmerischen Verantwortung und Wettbewerbsgleichheit ist eine Ausweitung der Sorgfaltspflichten für Liefer- und Wertschöpfungsketten auf den Downstream-Bereich zu prüfen.	Wird auf Ebene der Europäischen Kommission geprüft. Dies soll im Gleichklang mit den EU Initiativen für Corporate Sustainability Due Dilligence (Supply Chain Due Dilligence Directive, SCDDD) und Corporate Sustainability Reporting Directive (Financial and Sustainability Reporting Information, Taxonomie-VO) erfolgen. Trilog-Einigung zu CSDDD derzeit blockiert.	Aufgrund der Blockade offen. Enger Austausch mit BMAW. Siehe die Anmerkung unter Punkt I.22 : Hierbei ist darauf zu achten, dass regulatorische Inkohärenz, Zielkonflikte, hohe Komplexität der Bestimmungen und überschießende Berichtspflichten (Offenlegung von wettbewerbsrelevanten Daten und Geschäftsgeheimnissen) die Rohstoffversorgungssicherheit nicht mehr behindern als fördern.
II.08	Entwicklungshilfe durch Technologie- und Know-How-Transfer	B	E	I	M	Im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit ist die Unterstützung einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft und schrittweise Anhebung der Standards in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die relevanten Institutionen der öffentlichen Hand zu forcieren.	bisher keine	In Technologiepartnerschaften integrieren.
II.09	Entwicklungshilfe durch Technologie- und Know-How-Transfer		E	I	M	Im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit ist eine zur CONNEX-Initiative der G-7 analoge Initiative anzudenken.	bisher keine	offen
II.10	Steigerung der Resilienz	B	E	I	M	Neue Datenquellen für Statistiken sind als Planungsinstrument für die Rohstoffbewirtschaftung zu erschließen.	Mit dem TSI-Projekt "Raw Materials Balance" wird eine Roadmap vorgelegt, die Maßnahmen für eine Optimierung der Rohstoffbewirtschaftung enthalten wird.	Umsetzung der Roadmap TSI-Projekt " Raw Materials Balance "; gesetzliche Grundlagen verbessern (Versorgungssicherungsgesetz)
II.11	Stärkung der Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Lieferketten		E	I	M	Im Sinne unternehmerischer Sorgfaltspflichten ist die Entwicklung von Technologien zum Zweck der Verfolgbarkeit von Lieferketten zu forcieren.	Forschungsprojekte an der Montanuniversität Leoben (Forschungsarbeiten zu Fingerprinting/ Blockchain - zB. Maditrace, ReSourcing (abgeschlossen) ...)	Integration des Themas in bestehende F&E-Programme prüfen
III.01	Steigerung der Ressourceneffizienz	B	E	I	M	Die Etablierung innovativer Geschäftsmodelle und Produkte mit Nachhaltigkeitscharakter durch Start-ups und Kooperationen mit österreichischen Firmen ist zu fördern. Hierunter fallen: <ul style="list-style-type: none"> • die optimale Ausnutzung eingesetzter Rohstoffe • der Ausbau von additiven Fertigungsprozessketten • der optimale Einsatz und die Verwertung von stückigen und leicht recycelbaren Sekundärrohstoffen • die Entwicklung von ökonomisch und ökologisch sinnvollen Prozessen, die eine Wiederverwertung von Schlämmen erlauben • die pyrolytische Gewinnung von Kohlenstoff und Wasserstoff sowie die nachfolgende Nutzung und Veredelung • die Speicherung von Wasserstoff. 	FTI-Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien des BMK; Etablierung der FTI-Initiative "Zukunft sicher – Innovationen für eine sichere Rohstoffversorgung" des BMF	Aufnahme der Themen in die Ausschreibungen der einschlägigen Programme begleiten. Innovative, nachhaltige Technologieprojekte im Rohstoffbereich können über EIT Raw Materials mehrmals jährlich im Rahmen von "KAVA Calls" oder "ERMA Project Calls" zur Förderung eingereicht werden.
III.02	Steigerung der Ressourceneffizienz	B	E	I	M	F&E-Maßnahmen hinsichtlich der pyrolytischen Auftrennung von Erdgas und des Einsatzes des dabei gewonnenen Wasserstoffes in der Energieversorgung sowie des Kohlenstoffes in der Landwirtschaft und für andere industrielle Zwecke sind zu verstärken. Die Implementierung in bestehende Programme und Initiativen ist anzustreben.	Forschungsschwerpunkt an der Montanuniversität Leoben gesetzt, Infrastrukturmaßnahmen in Umsetzung	Innovative, nachhaltige Technologieprojekte im Rohstoffbereich können über EIT RawMaterials mehrmals jährlich im Rahmen von "KAVA Calls" oder "ERMA Project Calls" zur Förderung eingereicht werden.

III.03	Steigerung der Energieversorgungssicherheit und Beitrag zur Dekarbonisierung	E		Die Rahmenbedingungen für Energy Mining, die CO ₂ -neutrale Produktion von Wasserstoff (Methan-Pyrolyse), die Produktion von Methan aus CO ₂ und Wasserstoff in geologischen Strukturen, die Speicherung dieser Energieträger in geologischen Strukturen sowie die verstärkte Nutzung der geothermischen Energie, sind zu optimieren.	Die Evaluierungsarbeiten dazu laufen.	Einzelne Themenbereiche werden im Rahmen der Erstellung der Carbon Management Strategie mitbetrachtet		
III.04	Steigerung der Ressourceneffizienz	B	E	I	M	<p>Folgende Themen sind im Rahmen bestehender Forschungsförderungsprogramme zu adressieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ressourcenschonung und -effizienz • umweltfreundlicher Einsatz und Bereitstellung von Rohstoffen • disruptive Innovationen, die einen geringeren Rohstoffeinsatz für die Fertigung eines Endproduktes benötigen (<i>Near Net Shape Technologien</i> wie z.B. additive Fertigungen) • Digitalisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der stofflichen Nutzung von sekundären Rohstoffen • Entwicklung von innovativen, umweltfreundlichen Verpackungen aus Sekundärrohstoffen • Implementierung von Smart Mining & Processing durch Digitalisierung und Verknüpfung der Einzelprozess-Schritte zu einem gesamtheitlichen Rohstoffgewinnungsprozess. <p>Die Implementierung der Themen in bestehende Programme und Initiativen ist anzustreben.</p>	FTI-Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien des BMK; Etablierung der FTI-Initiative "Zukunft sicher – Innovationen für eine sichere Rohstoffversorgung" des BMF	Integration der Themen in bestehende F&E Programme vorantreiben. Innovative, nachhaltige Technologieprojekte im Rohstoffbereich können über EIT RawMaterials mehrmals jährlich im Rahmen von "KAVA Calls" oder "ERMA Project Calls" zur Förderung eingereicht werden.
III.05	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Eine sortenreine Sammlung von Abfällen und Reststoffen (sekundäre Rohstoffe) ist zu verbessern, um deren Deponierung zu verhindern und sofern dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, diese Stoffe einer hochwertigen Verwendung zuzuführen.	Verpackungsverordnung regelt Sammlung von Kunststoff- und Metallverpackungen ab 2023. Bei Kunststoffverpackungen wird ein Sammelplus von 20 % erwartet. Vorgaben für Sammlung und div. Recyclingquoten im AWG (Anmerkung BMK: Sortierungsmöglichkeiten sollten berücksichtigt werden - sortenrein nicht immer erforderlich)	Gemeinsame verpflichtende Sammlung von Kunststoff- und Metallverpackungen ab 2025 (Mehrweg/ Pfand). Anmerkung: ein Verbot der Deponierung von Gipskartonagen ist in Ausarbeitung (Änderung DeponieVO).
III.06	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Steigerung der Ressourceneffizienz				M	Um ein qualitativ hochwertiges Schrottreycling effizient betreiben zu können und dieses nicht zu Lasten von Deponierung verhindert wird, ist auf angemessene Grenzwerte im europäischen Chemikalienrecht Bedacht zu nehmen.	bisher keine	offen
III.07	Beitrag zur Ressourcenschonung	B	E	I	M	Mit Bedacht auf die Langlebigkeit von Produkten und deren Reparaturfähigkeit sind rechtliche Rahmenbedingungen für eine <i>Sharing Economy</i> zu schaffen.	Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Novelle der Konsumentenrechte-RL, in der gegen eine geplante Obsoleszenz vorgegangen werden soll. In der Kreislaufwirtschaftsstrategie sind Rahmenbedingungen für Sharing Economie ausgearbeitet, in der ÖkodesignRL das Recht auf Ersatzteile, in der Right to RepairRL (Einigung im Triolog erzielt) ein Recht auf Reparaturfähigkeit.	in Ausarbeitung
III.08	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	<p>Die Kreislaufwirtschaft ist durch eine Optimierung von abfallwirtschaftlichen Regeln zu forcieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf geeignete Rahmenbedingungen durch unionsrechtliche Anpassungen ist hinzuwirken. • Insbesondere betrifft dies Bestimmungen zur Abfallverbringung und Festlegungen zum Abfallende und zu Nebenprodukten. • Auf EU-Ebene ist auf eine einheitliche Interpretation der unionsrechtlichen Bestimmungen im Abfallrecht und einen einheitlichen Vollzug der Bestimmungen hinzuwirken. • Vorab der Schaffung weiterer Schlüsselnummern für eine verbesserte Differenzierung der einzelnen Kunststoffströme soll ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. • Die abfallrechtlichen Bestimmungen zur Verwertung von Tunnelausbruch, Geschiebe und Murenmaterial sind zu optimieren. 	Veröffentlichung der Kreislaufwirtschaftsstrategie mit Beschluss der Bundesregierung. Seitens BMF wurden keine Umsetzungsschritte zu den Details gesetzt. Vorgaben für die Verwertung von Tunnelausbruch, Geschiebe und Murenmaterial im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2023.	Erweiterung der Recyclingbaustoffe auf jene aus Bodenaushubmaterialien in Vorbereitung (AbfallendeVO). Geschiebe momentan aufgeschoben. Anmerkung BMK zu Kunststoffen: Sehr vielfältig, insbesondere auch wegen Additive und Anwendungen. Gesamtkonzept daher sehr zeitintensiv; Maßnahmen teilweise für einzelne Kunststoffarten/-produkte zeitnah erforderlich, dafür sind tw. Schlüsselnummern zur Nachvollziehbarkeit erforderlich.

III.09	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	B E I M	<p>Es ist die Schaffung von Forschungsförderungsprogrammen zur Technologieentwicklung folgender Schwerpunkte zu prüfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sammlung, Trennung, Aufbereitung, Lagerung und Analytik von potentiellen Sekundärrohstoffen (z.B. Aufbereitung von Salzschlacke aus der Aluminiumproduktion) • Schmelzen und Schmelzereinigung • Recyclingfreundliche Guss- und Knetlegierungen (Science of dirty alloys) <p>Die Implementierung der Schwerpunkte in bestehende Programme und Initiativen ist anzustreben.</p>	FTI-Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien; Etablierung der FTI-Initiative "Zukunft Sicher – Innovationen für eine sichere Rohstoffversorgung"	Integration der Themen in bestehende F&E Programme vorantreiben. Innovative, nachhaltige Technologieprojekte im Rohstoffbereich können über EIT RawMaterials mehrmals jährlich im Rahmen von "KAVA Calls" oder "ERMA Project Calls" zur Förderung eingereicht werden.
III.10	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	B E I M	<p>Es sind Forschungsförderungsprogramme zur Technologieentwicklung mit folgenden Schwerpunkten anzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Effiziente Rückgewinnung von Sekundärstoffen aus Gebäuden, Infrastruktur oder Produkten mit Smart Design • Produktentwicklung durch Einbeziehung des Wiederverwertungs- und Wiederverwendungsaspekts • Einsatz von Techniken aus dem Bergbau bei der Erkundung und Aufbereitung von Rohstoffen im Rahmen von Urban Mining • Entwicklung neuer Technologien um Rückgewinnung kostengünstig und effizient zu gestalten. <p>Die Implementierung der Schwerpunkte in bestehende Programme und Initiativen ist anzustreben.</p>	FTI-Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien; Etablierung der FTI-Initiative Zukunft Sicher – Innovationen für eine sichere Rohstoffversorgung"	Integration der Themen in bestehende F&E Programme vorantreiben. Innovative, nachhaltige Technologieprojekte im Rohstoffbereich können über EIT RawMaterials mehrmals jährlich im Rahmen von "KAVA Calls" oder "ERMA Project Calls" zur Förderung eingereicht werden.
III.11	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	B E I	Für die Verwertung von Sekundärrohstoffen sind Zielvorgaben nach Kategorien beispielsweise ungebundene, gebundene oder keine Verwertung, einzurichten.	bisher keine	Offen Anmerkung: BMK erarbeitet momentan aufgrund des hohen Kunststoffanteils eine Strategie für Textilien.
III.12	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	B E I M	Die Rohstoffkreisläufe sind in Österreich unter Beachtung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit möglichst zu schließen. Finanzielle Anreize für die Kunststoffverwertung sind zu entwickeln. Die Ökomodulation der Systemtarife ist zu forcieren. Betriebe die Recyclat einsetzen, zahlen weniger in das System.	Veröffentlichung der Kreislaufwirtschaftsstrategie mit Beschluss der Bundesregierung. Seitens BMF wurden keine Umsetzungsschritte zu den Details gesetzt.	Tarifmodulation in Vorschlag EU-VerpackungsV enthalten. Am 17.11.2023 wurde eine politische Einigung zwischen EU Parlament und Kommission erzielt, im Zusammenhang mit dem European Green Deal, die "Abfall"-Exporte zu minimieren.
III.13	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	E	In Bezug auf Kunststoffe sind Recyclatquoten für die öffentliche Beschaffung einzuführen.	In der Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung (2022) sind verbindliche Einsatzquoten von Rezyklaten im Einklang mit der Entwicklung auf EU-Ebene, die Beseitigung von Barrieren beim Rezyklateinsatz sowie die Stärkung der Märkte für Rezyklate vorgesehen.	Beobachtung und Begleitung der Umsetzung der Maßnahmen der Kreislaufwirtschaftsstrategie. Am 17.11.2023 wurde eine politische Einigung zwischen EU Parlament und Kommission erzielt, im Zusammenhang mit dem European Green Deal, die "Abfall"-Exporte zu minimieren (EU-Abfallverbringungsverordnung im Nov. 2023).
III.14	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	E	Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Anerkennung des chemischen Recyclings als stoffliches Recycling sind zu schaffen. Es ist anzuregen, dass chemisches Recycling unabhängig von der nachfolgenden Verwendung der Recyclate zusätzlich zum mechanischen Recycling als anrechenbar auf die Recyclingquote im AWG aufgenommen wird.	Die Anerkennung des chemischen Recyclings als stoffliches Recycling wurde im AWG umgesetzt. In der Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung (2022) ist die Förderung des Recyclings von Verpackungen vorgesehen. Das mechanische Recycling für jene Fraktionen, die durch diese Verfahren nicht aufbereitet werden können, soll durch chemisches Recycling ergänzt werden.	offen
III.15	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	B I	Es wird angeregt, unbelasteten, verwertbaren Bodenaushub aus dem Abfallregime herauszunehmen (z.B. Aushubkies).	Anmerkung BMK: Abfallbegriff (ua. Entledigungsabsicht) EU-rechtlich vorgegeben	Ausarbeitung einer Abfallende-VO für Bodenaushub durch BMK; diese ermöglicht, dass

							unbelasteter Bodenaushub einer möglichst hochwertigen Verwendung zugeführt wird.
III.16	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	E	M	EU-weite Transporte von Abfällen zum Zwecke des Recyclings sind dann zu erleichtern, wenn für groß ausgelegte Anlagen der nationale Vorrat nicht ausreicht. Damit sollen Rahmenbedingungen für deren wirtschaftlicher Betrieb geschaffen werden.	Vorläufige Einigung im Trilog zur EU-Abfallverbringungsverordnung im Nov. 2023	Veröffentlichung und Inkraft-Treten der Abfallverbringungsverordnung	
III.17	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung		I	Phosphor ist ein essentieller, nicht substituierbarer und kritischer Rohstoff. Daher ist die Phosphorrückgewinnung aus kommunalen Klärschlämmen unter weitgehender Zerstörung sowie Schaffung verlässlicher Senken für die im Klärschlamm enthaltenen Schadstoffe zu forcieren.	zahlreiche F&E Projekte laufen (u.a. P-Rückgewinnung aus Klärschlamm bei MA-48 der Gemeinde Wien); ÖWAV-Expert:innenpapier "Verwendung von kommunalem Abwasser und Klärschlamm zur Herstellung von Rohstoffen für EU-Düngeprodukte (Wien, 2022)	Rechtliche Verankerung der Verpflichtung zur P-Rückgewinnung. Das EU-Parlament hat am 5. Oktober 2023 einen entsprechend modifizierten Entwurf der EU-Kommission zur Novellierung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie angenommen, inkl. Vorgaben zum Phosphorabbau auf Kläranlagen. Kooperation mit Industriepartnern	
III.18	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung		I	Bei der Fertigung von Batterien sind verstärkt recycelte Rohstoffe einzusetzen.	Europäische BatterieVO ist in Kraft	Zuständigkeit BMK	
III.19	Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung	E		Umsetzung der EU-Ziele bzw. Vorgaben (EU-Kreislaufwirtschaftspaket): • Recyclingquote für Kunststoffverpackungen (EU-VerpackungsRL: 2025: 50%; 2030: 55%) • Recyclingquote für Siedlungsabfälle (EU-ARRL: 2025: 55%; 2030: 60%; 2035: 65%) • Ziel für die getrennte Sammlung von Einweg-Kunststoff-Getränkebehälter (EU-SUP-RL: 2025: 77%; 2029: 90%) • verpflichtender Recyklatanteil in Einweg-Kunststoff-Getränkeflaschen (EU-SUP-RL: 2025: 25%; 2030: 30%) • Bis 2030 sollen alle Kunststoffverpackungen recyclingfähig gestaltet sein (EU-Kunststoffstrategie).	Recyclingquoten in AWG-Novelle BGBl. I Nr. 200/2021 verankert; Verpackungsquoten in der Verpackungsverordnung BGBl. II Nr. 597 verankert; Förderung von Sortieranlagen für Kunststoffverpackungen (RRF)	Leitfaden betreffend Recycling-Unverträglichkeiten betreffend Kunststoffverpackungen in Vorbereitung; Pfandverordnung (ab 01.01.2025) für Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff und Metall; In Vorschlag EU-VerpackungsV (im Trilog) enthalten (Kunststoffverpackungen recyclingfähig gestalten)	
III.20	Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Internationale Unternehmen, die in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Exploration tätig sind, sollen entlang der gesamten Wertschöpfungskette gezielt angeworben werden, um in Österreich aktiv zu sein.	bisher keine direkten; Open Data Government trägt zur Attraktivierung bei bei AWS adressieren
III.21	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Um die Rezyklierbarkeit von Produkten zu verbessern, ist unter Berücksichtigung digitaler Lösungen eine Kennzeichnung der Qualität, Quantität und Lokalität der Inhaltsstoffe anzudenken.	bisher keine Digitaler Produkt-Pass, Umsetzung der Kennzeichnungspflichten für Batterien laut Batterie VO sowie Permanentmagneten laut CRMA
Q.1.01	Fit für die digitale Zukunft Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Dialogplattformen zwischen privatwirtschaftlichen Stakeholdern sowie öffentlichen Institutionen, zur gemeinsamen Entwicklung digitaler Maßnahmen sind zu etablieren.	bisher keine offen
Q.1.02	Fit für die digitale Zukunft Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Schnelles Internet und eine gute Funkverbindung bilden die Grundlage für die Digitalisierung. Die Bereitstellung einer starken digitalen Infrastruktur ist zu forcieren.	Der Breitbandausbau in Österreich wird konsequent vorangetrieben. Weitere Forcierung des Breitbandausbaus in Österreich
Q.1.03	Fit für die digitale Zukunft Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Eine finanzielle Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen bei der digitalen Transformation ist zu etablieren.	Etablierung der Förderinitiative KMU Digital (BMAW/WKO); Länderförderprogramme An einer Neuauflage der Förderung ab 2024 wird gearbeitet.
Q.2.01	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Nicht bekannte primäre und sekundäre Lagerstätten sind zu identifizieren und bisher nicht genutzte Reststoffe sind durch systematische Exploration sowie neue Bewertungsansätze nutzbar zu machen.	über VLG-Programm und MRI werden jährlich rund 1,3 Mio € an staatlichen Mitteln in die Bereitstellung von rohstoffgeologischen Grundlagen investiert, die den Unternehmen zur Verfeinerung ihrer Rohstofferkundung zur Verfügung stehen. BMF etabliert eine Explorationsinitiative; Schwerpunkte und Prioritäten werden gemeinsam mit Industrie evaluiert. Forcierung der Bereitstellung von rohstoffgeologischen Datengrundlagen für die unternehmerische Exploration, Umsetzung der im Critical Raw Materials Act vorgesehenen Maßnahmen zur Exploration sowie Gewinnung und Rückgewinnung von kritischen Rohstoffen aus Alt-/Neu-Bergbauen und Halden
Q.2.02	Steigerung der Ressourceneffizienz	B	E	I	M		

	Steigerung der Versorgungssicherheit				Die digitale Erfassung und Verknüpfung von Stoffflüssen zu einem gesamten Prozess vom Design for Recycling, über die Sammellogistik bis hin zur stofflichen oder thermischen Verwertung sind anzustreben.	TSI Projekt der EU "Roadmap for a future Comprehensive Raw Material Balance" in Ausarbeitung.	Umsetzung der Roadmap TSI-Projekt "nationale Rohstoffbilanz"; gesetzliche Grundlagen verbessern	
Q.2.03	Steigerung der Ressourceneffizienz	B	E	I	M	Produktionssysteme sind hinsichtlich einer stoffflussoptimierten und ressourceneffizienten Fertigung - im Sinne eines <i>Design für Recycling</i> - zu optimieren.	bisher keine	Anpassung ÖkodesignRL in Arbeit
Q.2.04	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Forschungsfinanzierung im Rahmen von Auftragsforschung - für Themen die nicht durch Programmforschung abgedeckt sind - ist zu evaluieren.	bisher keine	offen
Q.2.05	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Steigerung der Ressourceneffizienz Beitrag zur Ressourcenschonung Verstärkte Ausbildung von Fachkräften	B	E	I	M	Der Ausbau des Innovationshubs Ressource Innovation Center Leoben (RIC) ist zu fördern, um effiziente und zielgerichtete F&E-Maßnahmen umzusetzen. Diese umfassen: • die Forcierung lokal/national verantwortlich produzierter primärer Rohstoffe • die Forcierung nachhaltiger Nutzung sekundärer Rohstoffe im Sinne einer Kreislaufwirtschaft • der Entwicklung nachhaltiger internationaler Rohstoffversorgungskonzepte auf Basis verantwortlich produzierter Rohstoffe und • der Entwicklung von innovativen industriellen Lösungsansätzen.	BMF-Förderinitiative des RIC wurde etabliert. Laufzeit 2022-2028	Neue Projekte in Planung in den Bereichen Innovative Rohstoffe, Kohlenstoff und Wasserstoff, Digitalisierung, Bildung sowie Nachhaltigkeit in der Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung von Mineralrohstoffen. Bei den Bildungsprojekten ist auf eine adäquate Einbindung der Branche und Berücksichtigung der bereits vorhandenen Materialien zu achten.
Q.3.01	Verstärkte Ausbildung von Fachkräften; Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Jugendliche sollen in ihrer schulischen Laufbahn verstärkt mit den MINT-Fachrichtungen und deren gesellschaftlichen Bedeutung konfrontiert werden. Das Gesamtsystem "Rohstoffe und Gesellschaft" ist hierbei in seiner Komplexität abzubilden.	bisher keine	Gespräch mit BMBWF unter Einbindung der betroffenen Branche; MINT-Gütesiegel und eine MINT Landkarte für Schulen (seit 2023)
Q.3.02	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Junge Mitglieder der Gesellschaft sind mit dem Themenkomplex "Rohstoffe" zu konfrontieren, um Berührungängste abzubauen und eine Grundlage für weitere Ausbildungsmaßnahmen zu legen.	Thema im Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan adressiert	Forum Rohstoffe auf Bildungsmesse Interpädagogica
Q.3.03	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Schulen sollen altersgerechte interaktive und aktuelle Lehrunterlagen zur Verfügung gestellt werden, welche eine Vermittlung der rohstoffbezogenen Lehrinhalte erleichtern. Lehrende sollen somit von der fachlich komplexen Aufbereitung des Themas entlastet werden.	bisher keine	Gespräch mit BMBWF (Material auf Universitäten erhältlich - Rohstoffkoffer)
Q.3.04	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Eine Workshop Initiative - unter Einbeziehung von Fachleuten - zur Vernetzung, Fortbildung und Bewusstseinsbildung ist zu starten.	bisher keine	offen
Q.3.05	Verstärkte Ausbildung von Fachkräften	B	E	I	M	Durch die Schaffung von neuen Praktikumsplätzen und Lehrstellen sowie die verstärkte Teilnahme von Unternehmen und Universitäten an Bildungsmessen und MINT-Informationsprogrammen wäre ein möglichst frühes Kennenlernen einer Laufbahn in der Mineralrohstoffindustrie sicherzustellen.	bisher keine	offen
						Die WKO fördert bei Digi-Scheck 2023 & 2024 Kompetenzen in den Themenfeldern		
Q.3.06	Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit	B	E	I	M	Regionen mit erhöhter Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, welche aufgrund mangelnder Attraktivität unter Lehrlingsmangel leiden, sollen identifiziert werden, um gezielt Fördermaßnahmen zu entwickeln.	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung, • Klimaschutz, • Nachhaltigkeit, • Energie- und Ressourcenmanagement und • Berufsbezogene Fremdsprachen 	offen

Q.3.07	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Mit ergänzenden Kursen und Projekten in der Erwachsenenbildung soll das Verständnis für den Themenkomplex Rohstoffe erhöht und der gesellschaftliche Diskurs gestärkt werden.	bisher keine	offen
Q.3.08	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Ein <i>Jahr der Rohstoffe</i> als Plattform für Bewusstseinsbildung und unterschiedlichste Veranstaltungen z.B. eine <i>Lange Nacht des Bergbaus</i> und Tage der offenen Türe soll ausgerufen werden.	bisher keine; 2022 war das Jahr der Mineralogie	offen
Q.3.09	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Es sollen gemeinsame Imagekampagnen sowie weitergehende Maßnahmen durch die beteiligten Unternehmen, Fachverbände und Universitäten erarbeitet werden.	bisher keine	siehe Offensive der WKO
Q.3.10	Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit des Themenkomplexes Rohstoffe	B	E	I	M	Ein Lehrgang für Beschäftigte im Bereich Medien soll Kompetenz vermitteln, Zugang zu objektiver Hintergrundinformation sicherstellen, Berührungspunkte abbauen und verständliche, korrekte sowie informierte Kommunikation stärken.	bisher keine	offen
Q.4.01	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Ein <i>Österreichischer Rohstoffdialog</i> zum stakeholderübergreifenden Austausch ist zu gründen.	Der Österreichische Rohstoffdialog wurde gegründet. Die Auftaktveranstaltung fand am 4.10.2022 statt.	Nächster Rohstoffdialog in Planung
Q.4.02	Steigerung der Versorgungssicherheit Steigerung der Resilienz	B	E	I	M	Der Rohstoffpreisbarometer der Industriellenvereinigung soll reaktiviert werden.	bisher keine	IV kontaktieren
Q.4.03	Nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung	B	E	I	M	Ein österreichischer SDG Atlas zur Darstellung der Potentiale und Beiträge des österreichischen Rohstoffsektors zu den globalen Nachhaltigkeitszielen ist zu erstellen.	bisher keine	Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt, Kontakt zu zuständiger Person im RIC-Leoben aufnehmen

Tabelle 7: Maßnahmenempfehlungen des Monitoring-Beirates 2023:

Nr.	Metaziele	Rohstoffgruppen	Maßnahme	Umsetzungsschritte	in Planung
23/E.I.01	Steigerung der Ressourceneffizienz Steigerung der Versorgungssicherheit	M	Investitionsförderung bei der Errichtung von Anlagen zur Steigerung des Einsatzes von Stahlschrott	bisher keine	offen
23/E.I.02	Steigerung der Ressourceneffizienz Steigerung der Versorgungssicherheit	M	Ausweitung der FTI-Maßnahmen um Stahlschrott-Thema: Weiterentwicklung/Upscaling von Sortier- und Analysetechnologien (Pilotanlage), Werkstofftechnische und metallurgische F&E-Themen, Systembetrachtung	Start des Leuchtturmprojektes KIRAMET „KI basiertes Recycling von Metallverbund-Abfällen“	Aufnahme der kreislaufwirtschaftsrelevanten F&E Themen in der FTI-Initiative „Kreislaufwirtschaft und Produktionstechnologien“
23/E.III.01	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Steigerung der Versorgungssicherheit	E	Bei der Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Herstellung von Wasserstoff ist auf die CO ₂ -Neutralität/Emissionsfreiheit der Technologien abzustellen, um ausreichende Produktionskapazitäten sicherstellen zu können.	Beforschung des Themas an der Montanuniversität Leoben	offen
23/E.I.03	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	Mineralische Baurohstoffe sind vom Critical Raw Materials Act zu umfassen.	Die von Österreich forcierte Aufnahme von mineralische Baurohstoffe die als essentiell bei der Herstellung von Anlagen für erneuerbare Energien zu bezeichnen sind, in den Rechtsakt für kritische Rohstoffe wurde in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe Industrie mehrheitlich abgelehnt. Als Kompromiss wurde im Erwägungsgrund 6 des Rechtsaktes festgehalten, dass die Mitgliedstaaten nicht daran gehindert werden, auf der Grundlage ihrer spezifischen nationalen Erfordernisse zusätzliche Listen zu erstellen oder geeignete Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.	Die Kritikalität von Rohstoffen wird regelmäßig durch die EU Kommission neu bewertet; Prüfung der Umsetzbarkeit im MinroG; diese Erwägungen sind nicht nur auch Baurohstoffe zu beschränken, sondern auf alle Rohstoffe anzuwenden.
23/E.I.04	Steigerung der Versorgungssicherheit	E	Evaluierung der Möglichkeiten einer Aufteilung der Einnahmen aus dem Förderzins für Kohlenwasserstoffe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.	Grundsatzüberlegungen wurden geführt	offen

23/E.I.05	Steigerung der Versorgungssicherheit	B	E	I	M	Die „Landschaftsschutzabgabe“ soll zweckgewidmet werden bzw. den jeweiligen Gemeinden/Bundesländern zu Gute kommen.	Evaluierung der Einrichtung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Bundes, der Länder, Gemeinden und der Branche	offen
23/E.Q.01	Bewusstseinsbildung	B	E	I	M	Die Kommunikation sowohl innerhalb der Branche als auch nach außen muss verbessert werden.	Projekte von Unternehmen und WKO	
23/E.Q.02	Bewusstseinsbildung	B	E	I	M	In den Monitoring-Berichten sollen plakative Leuchtturmprojekte, welche im Zuge der Umsetzung des Masterplans Rohstoffe 2030 entstanden sind, erwähnt und erklärt werden.	Der Empfehlung Leuchtturmprojekte im Monitoring-Bericht darzustellen wurde im gegenständlichen Bericht nachgekommen.	offen
23/E.Q.03	Verstärkte Ausbildung von Fachkräften	B	E	I	M	Berufsbild eines Anlagenjuristen mit entsprechender Besoldung soll entwickelt werden	bisher keine	offen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Monitoring Beirates 2024 und 2025	10
Tabelle 2: Medien, in denen Publikationen zum Masterplan Rohstoffe 2030 seitens BMF geschaltet wurde	11
Tabelle 3: Medienartikel, in denen der Masterplan Rohstoffe 2030 erwähnt wurde.....	12
Tabelle 4: Vorträge und Präsentationen betreffend den Masterplan Rohstoffe 2030	13
Tabelle 5: Parlamentarische Anfragen den Masterplan Rohstoffe 2030 betreffend	14
Tabelle 6: Stand der Maßnahmenumsetzung des Masterplans Rohstoffe 2030 im März 2024.....	21
Tabelle 7: Maßnahmenempfehlungen des Monitoring-Beirates 2023:	30

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus: Masterplan Rohstoffe 2030.- Wien: 2021.

Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus: Geschäftsordnung für den Monitoring-Beirat im Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus – Masterplan Rohstoffe 2030.- Wien: 2022.

Europäische Kommission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a framework for ensuring a secure and sustainable supply of critical raw materials.- COM(2023) 160 final.

Europäische Kommission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on establishing a framework of measures for strengthening Europe's net-zero technology products manufacturing ecosystem (Net Zero Industry Act).- COM(2023) 161 final.

Europäische Kommission: Ein Industriepan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter.- COM(2023) 62 final, Brüssel, 1.2.2023.

Europäische Kommission: Globale Normen zur Unterstützung eines resilienten, grünen und digitalen EU-Binnenmarkts festlegen.- COM(2022) 31 final, Brüssel, 2.2.2022.

Bundesministerium für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

Post.VI-bs@bmf.gv.at

bmf.gv.at